

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)** und **Bettina Domer (SPD)**

vom 25. Mai 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Juni 2021)

zum Thema:

Integration, Beratung und Schutz vor Diskriminierung: Wie wird der Aktionsplan Roma derzeit im Bezirksamt Spandau umgesetzt?

und **Antwort** vom 16. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Juni 2021)

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales

Frau Abgeordnete Dr. Susanna (Bündnis 90/Die Grünen) und
Frau Abgeordnete Bettina Domer (SPD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/27816

vom 25. Mai 2021

über

**Integration, Beratung und Schutz vor Diskriminierung: Wie wird der Aktionsplan
Roma derzeit im Bezirksamt Spandau umgesetzt?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher den Bezirk Spandau um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

1. Warum gibt es – anders als in anderen Berliner Bezirken – bis jetzt keine "Anlaufstelle für Rom*nja" in Spandau?

Zu 1.: Die Abteilung Integration und Migration der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist federführend für die Umsetzung des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma zuständig. Sie hat bereits seit 2010 mobile Anlaufstellen berlinweit eingerichtet. Diese mobilen Anlaufstellen werden zurzeit von zwei Trägern durchgeführt. Der Träger Amaro Foro - transkulturelle Jugendselfstorganisation von Roma und Nicht-Roma e. V. ist zuständig für die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow, Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Spandau, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf und der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. für die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf und Mitte.

Weitere Informationen finden Sie in dem dritten Umsetzungsbericht des Berliner Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma unter <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0191.F-v.pdf>.

Zusätzlich hat die Stabsstelle Integrationsmanagement des Bezirksamtes Spandau das Projekt „Ankommen in Spandau“ - Mobile Sozialberatung ins Leben gerufen. Das Projekt sucht Menschen in prekären Wohnverhältnissen auf, diese schließen auch die Roma und Romnja mit ein; mehr zum Projekt siehe Antwort zu 3.

2. Welche spezifischen Angebote in Spandau sind für Rom*nja der verschiedenen Herkünfte offen? Wer leistet ein aktives Zugehen und Einbinden der Community?

Zu 2.: Grundsätzlich stehen alle bezirklichen Angebote der Zielgruppe offen, es gibt keine Zugangsbeschränkungen.

Der Träger Amaro Foro e. V. hat sich mit Hilfe des bezirklichen Integrationsbeauftragten in diversen bezirklichen Gremien und Austauschrunden vorgestellt und zwar mit seinem gesamten Portfolio und seiner herausragenden Expertise, so dass eine gute fachspezifische Vernetzung zu allen relevanten Stellen im Bezirk sichergestellt ist, bei denen hilfeschuchende Roma und Romnja in Erscheinung treten, wie z. B. Vereinen, Schulen, KITAS, Initiativen, Ehrenamtlichen, Familienzentren und Quartiersmanagements. Das aktive Zugehen auf die Zielgruppe wird dadurch gefördert und eine professionelle Vermittlung kann idealerweise erfolgen.

Amaro Foro e. V. bietet im Zuge des Projekts „Sprachmittlung an Schulen“ Unterstützung an diversen Schulen in Spandau an. Dabei wird die Kommunikation zwischen Schulpersonal, Eltern und Schülerinnen und Schülern mit Sprachmittlung in den Sprachen Bosnisch, Bulgarisch, Kroatisch, Mazedonisch, Romanes, Rumänisch und Serbisch unterstützt.

Das Projekt fördert den interkulturellen Dialog in den Schulen sowie die gleichberechtigte Teilhabe und setzt sich für die Prävention von Ausgrenzung, Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe ein. Amaro Foro e. V. bietet feste Sprechstunden für die Ratsuchenden in verschiedenen Schulen an.

Der Träger Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V. bietet weitere wichtige Angebote bei verschiedenen Aktionen wie Kiezfesten, Kieztreffen, Kiezspaziergängen und über weitere Kiezprojekte Beratung sowie Vermittlung an. Die Angebote sind für die Zielgruppe des oben genannten Aktionsplans offen.

3. Welche Angebote gibt es im Bereich Gesundheit, Mieter*innenberatung, Familie, Frauen, Arbeit für diese Zielgruppe? In welchen Sprachen? Welche Träger sind involviert?

Zu 3.: Das Bezirksamt fördert im Zuge des bezirklichen Integrationsfonds das Projekt des Trägers GIZ gGmbH „Ankommen in Spandau“ Mobile Sozialberatung. Die Mobile Sozialberatung richtet sich auch an neu zugewanderte Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Das Angebot ist unabhängig, kostenlos, vertraulich und erfolgt mobil in ganz Spandau.

Die Zielgruppen erhalten Hilfe in folgenden Bereichen:

Beratung zur Wohnungssuche, (Verweis-)Beratung und Vermittlung zu Angeboten im Bezirk Spandau, Hilfe bei der Kontaktaufnahme und Vereinbarung von Terminen, Begleitung zu Behörden und Einrichtungen, Unterstützung in der Kommunikation mit Behörden, Unterstützung bei Anträgen und Formularen, Sprachliche Weiterentwicklung, Familie und Freizeit und Gesundheit.

Die Ratsuchenden werden bei Bedarf in den Sprachen Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch und Albanisch von den Integrationslotsen und Integrationslotsinnen unterstützt. So wird gewährleistet, dass die Zielgruppe auch in ihrem Hilfeersuchen adäquat angesprochen werden kann.

4. Welche Träger werden vom Bezirk für die Arbeit mit der Community finanziert? Welche Qualifikation haben diese Träger, um mit und für Rom*nja zu arbeiten?

Zu 4.: Vom Bezirk Spandau wird bislang kein Träger finanziert, der ausschließlich mit und für Spandauer Roma und Romnja bzw. die Communities arbeitet. Alle Spandauer Projekte in diesem Bereich stehen allen Roma und Romnja zur Verfügung.

5. Welche Träger werden in Spandau vom Senat für die Arbeit mit der Community finanziert? Welche Angebote machen sie?

Zu 5.: Es wird auf die Beantwortung der Fragen 1. und 3. verwiesen.

Der Senat fördert mit der „Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“ und der „Umsetzung des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma“ zusätzlich zu den bereits aufgeführten Projekten zwei Projekte zur Stärkung der Selbstorganisation eingewanderter Roma in Berlin durch Community Building. Die beiden Träger, Roma-Informations-Centrum sowie RomaTrial e. V. sind Roma-Selbst-Organisationen und arbeiten hier berlinweit.

6. Gibt es im Bezirk Beratungs- und Informationsangebote für Betroffene von Antiziganismus? Gibt es Fortbildungen und Beratungen für Behörden und Schulen zum Thema Antiziganismus?

Zu 6.: Auf der Webseite des Bezirks Spandau finden sich Hinweise auf Beratungs- und Informationsangebote für Betroffene. Auch verweist der bezirkliche Integrationsbeauftragte auf derartige Angebote.

Zudem liegen auch Flyer mit Beratungsangeboten für Diskriminierungsbetroffene von Amaro Foro an allen relevanten bezirklichen Stellen an Schulen, Kitas, beim KJGD, Jugendamt, Bürgeramt, Familienzentren, diversen NGOs und im Rathaus aus. Die Flyer liegen in Bosnisch, Romanes, Serbisch, Rumänisch, Bulgarisch und Mazedonisch vor.

Auch wurde ein Wegweiser für Neuzugewanderte mit dem Titel: „Willkommen in Spandau“ durch den bezirklichen Integrationsbeauftragten veröffentlicht. Dieser beinhaltet auch Anlaufstellen zum Thema Antidiskriminierung und Antiziganismus. Der Wegweiser ist in neun Sprachen erschienen.

Durch die Vernetzung des bezirklichen Integrationsbeauftragten mit relevanten bezirklichen Ämtern, Abteilungen, Vereinen, Schulen und bezirklichen Migrantenselbstorganisationen besteht die Möglichkeit zur professionellen Hilfevermittlung für von Antiziganismus Betroffene. Aus diesem Grund wurde komplementär zum Beratungsangebot auf der bezirklichen Webseite des bezirklichen Integrationsbeauftragten unter dem Link

<https://www.berlin.de/ba-spandau/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/>

die Möglichkeit zur Meldung von antiziganistischen Vorfällen geschaffen. So werden systematisch antiziganistisch motivierte Vorfälle erfasst und Opfer von Diskriminierung durch Erstberatung, Aufklärungsarbeit über Handlungsmöglichkeiten, bei Bedarf Begleitung zu Beratungsinstanzen sowie bei der Empowermentarbeit unterstützt.

Es gibt Fortbildungen und Beratungen zu diesem Thema für Schulen und Behörden. Der bezirkliche Integrationsbeauftragte warb in der Vergangenheit für die Fortbildungen und Beratungen an diversen Stellen im Bezirksamt und anderen Behörden sowie auch an Schulen.

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung bietet darüber hinaus über das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus folgende Projekte, Fortbildungs- und Beratungsprojekte für Behörden und Schulen an:

Das Projekt „Diversity-Kompetenz als Schlüsselqualifikation in Leistungsbehörden und Sozialberatungsstellen, Schwerpunkt: Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für Romnja“ von Amaro Foro e. V. bietet Fortbildungen zum Thema Antiziganismus u. a. für Leistungsbehörden und Sozialberatungsstellen an.

Im Rahmen des oben genannten Programms wird das Projekt „Kommt, wir lernen zusammen! Aven, sikla ketne!“ von RomaniPhen e. V. zur Entwicklung von Bildungsmaterialien für Kita und Grundschule, Empowerment von Kindern mit Romno Hintergrund und Sensibilisierung von pädagogischen Fachkräften in Kita und Grundschule angeboten und durchgeführt.

Darüber hinaus wird im Rahmen der LADS-Akademie, in Kooperation mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, ein Antiziganismus-Training angeboten. Das kostenlose Training richtet sich gleichermaßen an Verwaltungsmitarbeitende und Menschen aus der Zivilgesellschaft.

7. Hält das Bezirksamt Spandau die Einrichtung einer Facharbeitsgruppe ‚EU-Zuwanderung‘ analog zum Bezirk Mitte für möglich und sinnvoll, um sich mit allen Fragen der Migration, Partizipation und Integration der im Bezirk lebenden Bürger*innen aus EU-Ländern fach- und ämterübergreifend zu befassen? (Falls nicht, bitte die Gründe darlegen)

Zu 7.: Dem Senat ist nicht bekannt, ob das Bezirksamt Spandau plant, eine derartige Facharbeitsgruppe einzurichten.

8. Welche sozialräumlichen Beratungs- und Integrationsangebote stehen den Zielgruppen des Aktionsplans Roma insbesondere in den Großwohnsiedlungen und Gebieten mit Quartiersmanagement – u.a. im Ortsteil Wilhelmstadt - zur Verfügung?

Zu 8.: Alle sozialräumlichen Beratungs- und Integrationsangebote des Bezirks stehen den Zielgruppen offen zur Verfügung.

Beispielhaft können hier folgende Angebote genannt werden: Der Träger Chance - Bildung, Jugend und Sport BJS gGmbH bietet Beratungen im Sozialraum an; das Projekt „Ankommen in Spandau“ - Mobile Sozialberatung (s. Antwort zu 3) sucht u. a. die Zielgruppe in den Gebieten des Quartiermanagement Falkenhagener Feld oder auch in Großwohnsiedlungen Heerstraße-Nord auf; der Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e. V. mit seiner Beratungsstelle „Treffpunkt“ bietet u. a. Sozial- Verweisberatung; das Projekt „LeNa - Lebendige Nachbarschaft“ vermittelt zwischen unterschiedlichen Anwohnergruppen z. B. bei kulturellen Fragen unter Hinzuziehung von Expertinnen und Experten; das Stadtteilzentrum „Zuversicht“ mit seinen Begegnungs- und Austauschmöglichkeit im Kiez sowie das Familienzentrum "Familientreff Staaken" als Nachbarschaftstreff, Austauschformate, Hilfestellung beantworten soziale Fragen.

9. Wie bewertet der Bezirk Spandau die zur Verfügung stehenden Kapazitäten von Integrationslots*innen zur Sprachmittlung für die Zielgruppen des Aktionsplans Roma?

Zu 9.: Der Träger GIZ gGmbH, bei dem die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen im Zuge des Landesrahmenprogramms angestellt sind, bietet aktuell einen sehr vielfältigen und bedarfsorientierten Mix aus mehreren Sprachen, wie z. B. Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch und Albanisch flankierend zum o. g. Aktionsplan an.

Berlin, den 16. Juni 2021

In Vertretung

Daniel T i e t z e

Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales